

Sehr geehrter Herr Vorsitzender.
Sehr geehrte Erste Beigeordnete.
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.
Liebe Eberswalderinnen und Eberswalder.

Vor einer Weile habe ich zu jemanden über unsere politische Arbeit gesagt: Die Haushaltsdiskussion sei die Königsdisziplin der Stadtpolitik. Und wie uns die letzten Wochen wieder gezeigt haben, ist das auch genau so. Es wurde viel Papier bewegt, kommuniziert, recherchiert und hin und wieder gestritten.

Letztlich alles, um unsere Stadt - mit all ihren Aufgaben, Projekten und ihrer Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie vielen Institutionen - gut durch die nächsten zwei Jahre zu bringen.

Die Stadtverwaltung hat uns mit der Haushaltssatzung 2022/2023 einen formal ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Dieser Ausgleich gelingt uns aber nur mit einem kräftigen Griff in die Rücklage von ca. 4 Millionen Euro pro Jahresscheibe.

Unsere Fraktion möchte sich hiermit zuerst bei der Stadtverwaltung, insbesondere bei der Kämmerei, für die zeitnahe Aufstellung und Zurverfügungstellung des Haushaltes bedanken.

Ein besonderer Dank gilt hier Frau Rasch und Herrn Berendt, die uns wirklich jederzeit für Nachfragen zur Verfügung standen und diese immer sehr qualifiziert und ergebnisorientiert beantwortet haben.

Wo Lob ist, müssen auch kritische Worte erlaubt sein:

Besonders die späte Veröffentlichung des Stellenplans müssen wir hier und heute sehr deutlich kritisieren. Wir wissen auch, dass dies den Strukturen der Vergangenheit geschuldet war und zeigt uns deutlich, wie wichtig dahingehend auch ein neuer Impuls an der Rathauspitze ist.

Weiterhin finden wir es sehr unglücklich, dass wir als Politik keinen einfachen Zugang zu den Übersichten der Produktuntergruppen haben.

Dies erschwert uns einerseits das Finden von möglichen Kompensationen und andererseits fehlt eine gewisse Transparenz zum Verstehen des gesamten Haushalts. Wenigstens die digitale Veröffentlichung der Produktuntergruppen möchten wir für die Zukunft anregen.

Deutlich Sorge bereitet uns das rasche Abschmelzen unserer Rücklagen. Dieser Fakt bedeutet auch, dass wir künftig weniger Spielräume bei der Entwicklung unserer Stadt haben werden.

Wie wir schon durch Kollegen Lux in der letzten Stadtverordnetenversammlung gehört haben, hätten wir einen Einjahreshaushalt bevorzugt und fanden die Diskussion dazu auch als sehr wichtig. Künftig werden wir diesen politischen Diskurs früher und im zuständigen Fachausschuss anstoßen.

Wir möchten sie liebe Kolleginnen und Kollegen schon heute dafür sensibilisieren, im kommenden Jahr - und dann bei einer hoffentlich deutlich positiveren Entwicklung als in der vorliegenden Haushaltssatzung skizziert - für einen Nachtragshaushalt offen zu sein, um ggf. in einigen Bereichen etwas nachzujustieren. Mit dem nun gesetzlich vorgeschriebenen Jahresabschluss innerhalb eines Jahres wird sowohl der Verwaltung als auch den Stadtverordneten in Zukunft ein Blick in die aktuelle Finanzlage erleichtert werden.

Durch die angespannte Haushaltslage war es uns kaum möglich noch deutlichere politische Signale im Haushalt zu setzen. Wir hätten uns daher gefreut, wenn der finanzielle Spielraum von knapp 400.000 Euro bereits deutlich früher von der Verwaltung „gefunden“ und dem politischen Raum kommuniziert worden wäre.

Etwas Sorge bereiten uns auch die Stellenaufwüchse in den letzten Jahren. Davon ausgenommen ist natürlich ganz klar der Bereich Bildung. Unbestritten ist es wichtig, eine schlagkräftige Verwaltung zu haben, gerade bei der steigenden Zahl an Aufgaben. Wir glauben aber auch, dass wir gerade im Bereich Personalmanagement und -planung in den nächsten Jahren einiges an Kraft investieren müssen. Daher muss nun endlich eine Personalentwicklungskonzeption erarbeitet werden.

In der Haushaltsdebatte haben wir ebenso deutlich gemacht, dass wir im Bereich Kultur und Stadtmarketing noch Potenziale für Optimierungen sehen. Strukturell, aber auch finanziell.

Bei einer angespannten Haushaltslage rücken leider auch einige freiwillige Aufgaben in den Fokus und müssen neu bewertet werden. Uns ist aufgefallen, dass wir bei den institutionellen Förderungen in den letzten Jahren - und für unbestritten wichtige Aufgaben - immer sehr großzügig waren und auch neuen Vereinen sofort großzügige Förderungen bewilligen.

Einerseits ist das auch gut und richtig - aber in Hinblick auf die Haushaltslage sollten wir im Sinne einer Aufgabenkritik auch dort eine Evaluation durchführen. Wir schlagen daher vor, dass die lange Liste unserer Vereinsförderungen im kommenden Jahr auch einmal im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen diskutiert werden sollte.

Ebenso sollten wir ins Auge fassen, dass Vereine, die insbesondere einen eher beratenden Charakter haben, sich künftig auch Vereinsräume teilen könnten, um bei ständig steigenden Betriebskosten hier Kosten einzusparen. Dies ist in vielen Kommunen bereits gängige Praxis.

Mit den von uns eingereichten Änderungsanträgen war es uns dennoch wichtig, grundlegende Impulse - gerade im Bereich der Seniorenarbeit, der Jugendförderung und in der Pflege zu setzen.

Besonders die Frage der Ärztesituation in Eberswalde bestimmte unsere Überlegungen zum Haushalt. Unser Änderungsantrag hier Förderungen für Praxisansiedlungen im Haushalt vorzusehen, ist sicherlich nur ein erster Schritt. Dieser muss nun im Fachausschuss, mit einer Arbeitsgruppe und durch eine Richtlinie fachlich untersetzt werden, um diesem aktuell sehr großen Problem in unserer Stadt auch Rechnung zu tragen.

Gern hätten wir dies alles in einem noch größeren Umfang getan. Aufgrund der angespannten Haushaltslage sehen wir die aktuellen Änderungsanträge eher als ein Kompromiss an.

Wir möchten uns abschließend bei Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit bei den eingereichten Änderungsanträgen bedanken. Unser Dank geht hier natürlich auch an die Stadtverwaltung.

Dieser kooperative Ansatz, das Vereinen von Anträgen sowie das gemeinsame Agieren in der Sache ist für uns, gerade in diesen schwierigen Zeiten, auch ein starkes Zeichen nach außen und ein positives Signal für eine gute Weiterentwicklung unserer Stadt.

Mit der heutigen Abstimmung über den Zweijahreshaushalt verbinden wir die große Hoffnung, dass unsere Einnahmen durch Zuweisungen sowie Gewerbe- und Einkommensteuer in Zukunft steigen werden. Dafür werden wir als Stadtpolitik auch gefordert sein, hier die entsprechenden Weichen in unserer Stadtentwicklung zu stellen.

Alles in allem wird unsere Fraktion der Haushaltssatzung 2022 / 2023 zustimmen. Vielen Dank!

Götz Herrmann
stellv. Fraktionsvorsitzender SPD |BFE